Öffentliche Sitzung Nr. 12 des Jugendhilfeausschusses

Termin:	12.11.2026
Ort:	Landratsamt Lörrach
Uhrzeit:	15:00 Uhr - 17:25 Uhr

TOP 2: Einbringung des Nachtragshaushalts 2027 des Landkreises Lörrach - Beratung des Teilhaushalts 7 "Jugend & Familie"

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Dem Nachtragsplanentwurf 2027 für den Teilhaushalt 7 „Jugend & Familie“ wird in der vorberatenden Fassung nicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

TOP 2.1: Haushaltskonsolidierung - Vorschläge für den Nachtrag 2027 im Teilhaushalt 7

Im Rahmen der Behandlung der Vorschläge zur Konsolidierung des Nachtragshaushalts werden folgende Anträge von den Fraktionen gestellt, vom Gremium diskutiert und über sie abgestimmt:

- <u>Förderung Fachdienste Kindertagespflege:</u>
  Die Fraktion der Freien Wähler beantragt, den Aufwand für den Landkreis für 2027 nur um 15.000 € zu reduzieren, und nicht um 30.000 € (wie von der Verwaltung vorgeschlagen).

  Nach eingehender Diskussion wird über den Antrag abgestimmt.

  Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

  Im Anschluss wird über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Reduzierung des Aufwandes um 30.000 € für 2027 abgestimmt.

  Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

- Jugendförderprogramm:
  Der Kreisjugendring beantragt, auf die von der Verwaltung vorgeschlagene Kürzung des Zuschusses um 20 % in Höhe von 28.500 € für 2027 zu verzichten.

  Nach eingehender Diskussion wird über den Antrag abgestimmt.

  Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

  Im Anschluss wird über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzung des Zuschusses um 20 % in Höhe von 28.500 € für 2027 abgestimmt.

  Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Es ergeht abschließend nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Den in der Vorlage aufgeführten Vorschlägen für den Teilhaushalt 7 zur Konsolidierung des Nachtragshaushalts 2027 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 12 Enthaltungen

TOP 2.2: Schaffung eines Angebotes für Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII im Landkreis Lörrach

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Der Landkreis Lörrach baut eine Inobhutnahmestelle in eigener Betriebsträgerschaft des Landkreises bzw. in Form einer landkreiseigenen gGmbH zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben gem. § 42 SGB VIII mit einer Platzzahl von 8 Plätzen auf.

Für die erforderlichen baulichen Maßnahmen an der kreiseigenen Immobilie in der Humboldtstraße in Lörrach werden im Jahr 2027 594.000 € im Finanzhaushalt zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

TOP 2.3: Absenkung Finanzanteil Schulsozialarbeit

Im Rahmen des Tagesordnungspunkts wird der gemeinsame Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD vorgestellt und diskutiert.

Hierin wird Folgendes beantragt:

„Der Kreiszuschuss zur Schulsozialarbeit wird im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2026 von bisher 36.200 € auf 30.000 € je förderfähige Stelle reduziert.

Der Kreiszuschuss wird künftig dauerhart auf 30.000 € festgesetzt.“

Im Anschluss wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

TOP 2.4: Anträge der Städte Lörrach, Schopfheim und Rheinfelden zur Neueinrichtung bzw. Aufstockung von Schulsozialarbeitsstellen

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

---

1. Dem Vorschlag, die zwei Grundschulstandorte Dinkelbergschule und Christian-Heinrich-Zeller Schule in Rheinfelden für den Einsatz der Schulsozialarbeit als Verbund zu führen, wird zugestimmt.
2. Entsprechend des Ergebnisses aus der Bedarfsermittlung werden die Stellendeputate der Schulsozialarbeit an den Schulstandorten Rheinfelden, Lörrach und Schopfheim ab dem 01.01.2027 um insgesamt 1,3 VZÄ erhöht und die anteilige Förderung des Kreises entsprechend gewährt.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

TOP 2.5: Stellenanteile zur Erfüllung der Aufgaben der Jugendämter im Rahmen der gesetzlichen Anforderungen des gemeinsamen europäischen Asylsystems

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

Im Fachbereich Jugend Familie werden auf Grund der gesetzlichen Pflichtanforderungen 0,5 Stellenanteile befristet bis zum 31.05.2028 zur Erfüllung der Aufgaben der Jugendämter im Rahmen des gemeinsamen europäischen Asylsystem eingerichtet.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen